

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachrichten: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher - Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1924 bei täglich zweifacher Zustellung bei Rate 1,50 Goldmark.
Die Abzugsgebühren für Monat Juni 2,50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet; die einpfeilige 30 zum vollen
Preis 20 Pfg., für zweipfeilige 25 Pfg. Familienanzahlungen und Stellenplätze ohne
Abzug 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 50 zum vollen Zahlungsbetrag 150 Pfg.
außerhalb 200 Pfg. Überlieferungsgebühr 10 Pfg. Steuern, Zustände gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mertenstraße 33/34 O.
Druck u. Verlag von Piepsch & Reichardt in Dresden.
Vertrieb: Anton 1088 Dresden.

Wachdruck nur mit bewilligter Querschnittsbeilage („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftsätze werden nicht entworfen.

Die Presse über Herriot.

Mostau befürchtet den Zusammenbruch der kommunistischen Disziplin.

Steuerliche Reformpläne Dr. Luthers. — Die Verletzung des Schweigegebots der Kommunisten auf Befehl Rußlands.

Das französische Echo der Erklärung Herriots.

Wichtige Aufnahme.

Paris, 18. Juni. Die bekannteren, jetzt zur Opposition gehörenden französischen Presseorgane nehmen die ministerielle Erklärung, die gestern im Parlament zur Verlesung gelangt ist, außerordentlich ablehnend auf. Dies erstreckt sich nicht nur auf den innerpolitischen, sondern auch auf den außenpolitischen Teil der Erklärungen, die Herriot in der Kammer verlesen hat. Besonders angegriffen wird, wie es vorauszusehen war, der Passus über die Besetzung von Vatikank. Aber auch die übrigen außenpolitischen Gedanken, die in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommen, behagen der Meistparte ganz und gar nicht. Insbesondere ist man nicht einverstanden mit der Rolle, die Herriot dem Völkerbund zuschreibt. Vertinax behauptet im „Echo de Paris“: Trotz allen Erklärungen Herriots bleibt die direkte und indirekte Ausübung des Ruhrgebietes das einzig wahrhafte Reparationsmittel, das man bisher gekannt habe. Der Sachverständigenbericht, der bereits an und für sich für Frankreich rühmend gewiesen sei, werde nach der Behandlung, die ihm Herriot angedeihen lasse, noch viel mehr. — Die Hoffnung, die Herriot auf die Beziehungen mit Rußland setzt, nennt der „Clair“ „zum Heulen“. Wie gibt es normale Beziehungen, schreibt das Wort, mit einem Lande, das kein Recht mehr kennt!

Hingegen ist die Linkspressen aller Färbungen natürlich mit der Kabinettserklärung durchaus einverstanden. „Ceuvre“ erwähnt, daß das neue französische Kabinett durch eine Politik der interalliierten Eintracht und des Vertrauens auf den Völkerbund, durch eine Politik des Friedens Frankreich eine größere Autorität verleihen werde, als sie die Politik der Vergangenheit verleihen konnte. „Le Nouvelliste“ betont, daß Herriot in der Frage der Räumung des Ruhrgebietes eine allzu „unbestimmte“ Formel angewendet habe.

„Quotidien“ schreibt zur Regierungserklärung: Niemand habe große Erwartungen erwartet. Niemand sei enttäuscht. Herriot ergehe sich nicht in Spitzfindigkeiten. Seine Erklärung sei klar und ohne Hinterhalt. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ sagt: Es habe sich etwas geändert. Es war eine schlechte Gepflogenheit, die Ministererklärungen immer pompös, dunkel und unbestimmt erscheinen zu lassen. Herriot habe mit dieser Tradition gebrochen und ein Programm vorgelegt, über das man gewiß verschiedener Meinung sein könne. Vielleicht finde man es unzulänglich. Aber Mangel an Klarheit könne man ihm nicht vorwerfen.

Die kommunistische „Humanité“ schreibt: Herriot habe sich bequemt, über heikle Fragen hinwegzukommen, die ihm Schwierigkeiten hätten schaffen können, z. B. die Aufhebung der Vorkauf beim Vatikank, die Wiedereinstellung der Eisenbahner und Finanzfragen. Aber er habe sich wohlgefallen über den Teil seines Programms verbreiten, bei dem er lediglich die Politik Poincarés wieder aufnehme. Er werde das Ruhrgebiet nicht räumen, so lange nicht durch die Anwendung des Sachverständigenplanes neue Pfänder geliefert seien.

„Action Française“ schreibt: Man habe die Erklärung eines Staatsmannes erwartet. Gehört habe man aber die Erklärung eines Politikers, der von alten Formeln befangen sei, der den Verdächtigkeiten einer kampflustigen Mehrheit schmeichle und mit einer wenig geschickten Rhetorik die wenigen Reserven verdeckt, die jede Regierung allzu anspruchsvollen Freunden zu machen wohl aber unbedingt sei. Die Politik des Präsidenten der Republik, des unparteiischen Schiedsrichters, sei von weit sichererem Ton und habe gleichzeitig mehr Erfahrung und Ruhe bewiesen, als die Erklärung Herriots.

Deutsche Urteile.

Berlin, 18. Juni. Die rechtsstehenden Blätter geben die Erklärung Herriots meist ohne Kommentare wieder, da das Erforderliche bereits anlässlich der Äußerungen Herriots zu den Pressevertretern und der vorläufigen Inhaltsangabe der Regierungserklärung gesagt worden ist. Die „Deutsche Zeitung“ sieht in der französischen Regierungserklärung eine Beleidigung des deutschen Volkes und hofft, daß die deutsche Regierung eine würdige Antwort finden werde. Das „Berliner Tageblatt“ bemängelt, daß die Frage der Räumung des Ruhrgebietes an neue hinausdrängende Bedingungen geknüpft werde, für die im Vertrage von Versailles wie in dem Dawesquotienten keine Grundlage vorhanden ist, und daß ferner von der Annahme für Sicherheit im besetzten Gebiet alle die aus geschlossen werden sollen, die wegen sogenannter Vergehen gegen die Sicherung der Besatzungstruppen verurteilt worden sind. Im übrigen enthält das außenpolitische Programm manches, was auch von deutscher Seite als wichtiger Fortschritt zu begrüßen sei. Der „Vorwärts“ findet in dem außenpolitischen Programm der neuen französischen Regierung einen gewaltigen Fortschritt im Ton und im Inhalt und auch der innerpolitische Teil atme einen ganz neuen frischen Geist. Erfolgsaussichten seien nicht da, und wenn es gelang sie zu erschaffen, so werde das ein Triumph des republikanischen Gedankens in Deutschland sein, dessen Träger und Vorkämpfer die Sozialdemokraten seien. Zusammengefaßt: Frankreich sei auf einer Politik der Demokratie bereit — Deutschland müsse es auch sein.

Der Gegenbesuch des deutschen Botschafters.

Berlin, 18. Juni. (Priv.-Tel.) Die nächsten Tage werden für die Entwicklung der außenpolitischen Lage von entscheidender Bedeutung sein. Der deutsche Botschafter in Paris von Hoeck wird am Donnerstag seinen Besuch bei dem neuen französischen Regierungschef machen, um dabei festzustellen, ob die französische Regierung geneigt sein werde, in den lebenswichtigen Fragen dem deutschen Standpunkt Aussehen zu machen.

Berlin, 18. Juni. Ueber die Monatsunterredung des französischen Ministerpräsidenten mit dem deutschen Botschafter v. Hoeck sind nach Berlin Meldungen gelangt, die den ungünstigen Eindruck der Politik Herriots gegen Deutschland verhärtet. Herriot hat jede Verührung der Ruhrfrage abgelehnt und sich darauf beschränkt, mit dem Botschafter die Reparationen zu erörtern. Das „Journal“ schreibt: Herriot habe dem deutschen Botschafter seinen Zweifel geäußert, daß er nur eine Politik treiben könne, die die Mehrheit der Kammer finde und die Frankreich die Wiederermächtigung seiner Kriegsschäden und die Sicherung seiner gefährdeten Lebensbedingungen verbürge.

Der Beifall der Kammer zu Herriots Programm.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 18. Juni. „Journal“ meldet aus Paris: Die gestrige Kammer Sitzung wurde um 18 Uhr auf heute mittags 1 Uhr vertagt. Herriots Rede fand fürmittelnden Beifall des Hauses, besonders auch auf der Rechten, als Herriot von dem bösen Willen Deutschlands sprach, daß es eine nationale Offensive vorbereite. Allgemeines Aufsehen erregte die lebhafteste Zustimmung der Sozialisten zu Herriots Erklärung, daß er die Ruhr nicht räume. Die Sozialisten stimmten minutenlang Beifall. Der Kommunist Cassin rief den Sozialisten zu: „Pflanzt Ihr wollt Genossen sein? Ihr seid Verräter am Internationalismus, genau wie eure würdigen deutschen Genossen!“

Die Lage in Italien.

Mussolini trifft nicht zurück.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Zürich, 18. Juni. Die Agentur Stefani verbreitet um Mitternacht folgende Notiz: Die Auslandsmeldungen von einer Demission Mussolinis sind frei erfunden. Es liegen keine Anzeichen vor, die für eine solche Absicht des Ministerpräsidenten sprechen.

Fingi klagt Mussolini an.

Rom, 18. Juni. Die Morgenblätter veröffentlichen den Wortlaut zweier Briefe des ehemaligen Unterstaatssekretärs Fingi. Der erste Brief, der an die Regierungsmehrheit gerichtet ist, hebt hervor, daß Fingi seine Entlassung nehmen mußte, weil die Regierungsmehrheit Mussolini mitteilen ließ, daß sie ein ferneres Verbleiben Fingis in seinem Amte für unmöglich halte. Fingi verlangt nun, die Gründe für diese Erklärung der Regierungsmehrheit zu erfahren. Diese würde heute antworten. Der zweite Brief, der an die Parteien gerichtet ist, sucht den Unterstaatssekretär des Innern, Acerbo, für die Zustände im Freikant verantwortlich zu machen und beschuldigt Mussolini und General de Vono, das Dekret über die Spielregeln selbst verfaßt und ausgearbeitet zu haben. Fingi war beschuldigt worden, für den Erlass dieses Dekretes eine Provision von mehreren Millionen Lire eingelegt zu haben. (W. I. B.)

Straßenkundgebungen in Oberitalien.

Zürich, 18. Juni. (Priv.-Tel.) Der „Tagesana“ meldet: In den oberitalienischen Städten kam es Montag mittags zu großen Demonstrationen der Kommunisten und Sozialisten gegen die Ermordung Matteottis. Die Geschäfte wurden geschlossen, zu schließen. In Mailand füllten die demonstrierenden Massen die Straßen der inneren Stadt und den Domplatz. In den befürchteten Unruhen ist es nicht gekommen; die Häuser der Faschistenführer wurden durch Polizeiaufgebote geschützt. Die Demonstrationen sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil es die ersten Straßenkundgebungen in Italien gegen den Faschismus seit der Herrschaft Mussolinis sind und auch die erste Wiederannäherung der Kommunisten und Sozialisten seit der Spaltung im Jahre 1921. Die Passivität der Polizei ist besonders in Turin und Bergamo auf.

Entspannung.

Rom, 18. Juni. Nach den letzten Verhandlungen ist die allgemeine Lage hier wieder ruhiger geworden. Wenn der ehemalige Freischütz verhaftet und die Verleumdung des Matteotti herausgegeben würde, könnte die Lage schnell wieder normal werden. Die Neubesetzung der Ministerien wird auf Anfang Juli verschoben werden, damit es nicht den Anschein habe, als ob das Ministerium dem gegenwärtigen Druck nachgegeben habe.

Mussolini und Matteotti.

(Von unserem römischen Mitarbeiter.) Italien schreit auf, nicht die Parteien, nicht die Zeitungen, das Volk, deutet bereit mit gestrecktem Daumen: Tod der Camorra. Es ist ein erschütternder Augenblick. Die Ereignisse überschützen sich, niemand weiß, was der nächste Tag, ja, die nächste Minute bringen wird. Der Fall des vergewaltigten, ermordeten Volksvertreters verblüht in demselben Maß, als es sich zeigt, daß dieses namenlose Verbrechen nur ein Glied einer langen Kette ist. Einer Kette aus Schrecken, Brutalität, Gemeinheit, die das Volk und das Gesetz fesselt. Der Fall Matteotti, dieser Anschlag auf Mussolini, dieses Verbrechen an der Nation, hat eine Lawine in Bewegung gesetzt, die jetzt krachend und polternd niedergeht. Was wird sie mitreißen, was wird sie verschonen? Es droht, der Boden zittert, eine Wolke von Begehrungen und Phrasen hat sich über das Land gehoben. Man verabsichtigt dieses Verbrechen, man bindet sich in Eitel und Angst, und man verlangt schonungslose Aufklärung und „Gerechtigkeit“. Die Forderung lautet: Ausrottung der Camorra mit Stumpf und Stiel. Und klare, unabweigliche Abkehr der für das Land Verantwortlichen von allem, was mit dieser Camorra nur von weitem in Verbindung gekommen ist. Nicht die Gegner des Faschismus sprechen so, sondern der gesunde Teil des Faschismus selbst fordert es. Die Kammermehrheit wollte schon ihren ehrwürdigen Vertreter, den kriegsblinden Delerzio, ins Valasso Exil entsenden, um Mussolinis Tatkräft zu unterstützen. Der aber hatte schon gehört, was das Volk will, und hat sich in derselben halben Stunde von seinen vertrauten Mitarbeitern, dem Staatssekretär im Innenministerium, Fingi, und dem oft allmächtigen, immer aber mächtigen Pressechef Rossi (Cefare) nach einer dramatischen Szene getrennt. Diese beiden Männer scheinen bis auf weiteres zunächst befristet, und ihre Wohnungen werden jetzt polizeilich bewacht. Soviel hat Mussolini gehört. Wird er mehr hören können, dürfen? Darin liegt alles. Es ist oft behauptet worden, daß Mussolini sich von gewissen schändlichen geheimnisvollen Strafmitteln nicht so frei machen könne, als es nötig wäre und als er selbst wünscht. Der Erste, der das Land von der offensbaren Abhängigkeit Mussolinis unterrichtete, war der diffidente Faschist Misuri, der von denselben gedungenen Wendehalsmördern blutig geschlagen wurde, die Matteotti aus dem Weg geräumt haben. Und dementiert und ins Väterliche gezogen wurde diese Nachricht vom Innenministerium. Und Misuri, wie alle alten Freunde Mussolinis, sagte auch, daß der Duce die Gewaltaktionen, die ganze widerliche Unterdrückungsmanie gewisser Schwarzgehenden aus ganzer Seele verabscheue, und daß... Nun, die Ereignisse sprechen lauter und einwandfreier: so oft Mussolini die Hand ausstreckte, um die Gegner zu verschlingen, erfolgte prompt ein „Zwischenfall“, der diese Verschlingung ganz unmöglich machte. Es war die Camorra, die arbeitete, die um jeden Preis die Zwietracht, die Unruhe, die Gefchloffenheit erhalten wollte — und will. Man weiß nicht, wer ihr Haupt ist, und wenn man es weiß, so sagt man es noch nicht. Vielleicht wird man es nie sagen dürfen. Der Selanus ist da, mächtig, zornig, unbekümmert, er hat noch seinen Tiberius gefunden und seinen Senat, der das Urteil spricht und vollzieht. Mussolini hat den Verdacht eifersüchtiger Absichten weit von sich gewiesen, heute will man ihn aber als Götter in der Gestalt eines Tiberius. Fingi, dessen unantastbare Schuldlosigkeit von allen guten Faschisten und von allen Freunden Italiens als unzweifelhaft bewiesen erachtet wird, ist 33 Jahre alt und entstammt einer sehr reichen und sehr angesehenen oberitalienischen Familie. Er hat in Deutschland und in der Schweiz Ingenieurwissenschaften studiert, hat als Kriegspilot und Freund D'Annunzios dessen Flug über Wien geleitet und ist bis jetzt der „alter ego“ Mussolinis in allen inneritalienischen Angelegenheiten gewesen. In der Umklezeit kämpfte er an der Spitze jener faschistischen Arditi, die als ungeschlaglich jetzt in Mailand samt ihren Gewehren, Mitrailleusen und Bomben ausgehoben wurden. Durch Heirat ist er Neffe des Kardinals Stefani Bannicelli, und es mutet befremdlich an, wenn Fingi in seinem Demissions schreiben das Verbrechen an Matteotti zwar brandmarkt und mißbilligt, es aber auch nutzlos nennt. Wenn je ein Verbrechen Nutzen gestiftet hat, so muß es dieses sein. Es hat ein böses Geschwür geöffnet, und die Wunde muß offen bleiben, solange noch Krankheitskeime festzuhalten sind. Die öffentliche Meinung verabsieht sich nicht mit dem Rücktritt eines Unterstaatssekretärs, gegen den von Ermordeten Anschuldingen in der Sinclair-Petroleum-Affäre, in der partiellente Ausfaltung heimlicher Finanzinstitute und in der infolgsquenten Spielbankverordnung hätten erhoben werden sollten. Denn diese Anschuldingen wurden vom Finanzminister und von Mussolini nicht nur gebilligt, sondern auch öffentlich verstanden und mit ihrer Verantwortung gedeckt. Nicht das beunruhigt zunächst, sondern der Umstand, daß die gedungenen Verbrecher im Innenministerium aus- und einginguen, dort im Freikant beschäftigt wurden, mit Rossi Arm in Arm spazierten und schließlich vom Privatorgan Fingis, dem „Corriere Italiano“, als „Jour-